



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 1. November 2016

P r o t o k o l l

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 07.09.2015
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Löhr, Norbert

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Wiegel, Heike

Ordentliche Mitglieder

Bosse, Marcus

Dette, Ehrhard

Försterling, Björn

Hantelmann, Klaus

Heider, Ute

Puhle, Stefan

von Veltheim, Alexander

Vree, Friedhelm

Wagner-Judith, Christiane

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Balder, Pierre

Brandt, Volker

Dettmann, Udo

Prause, Eckart

Schwetje, Gerhard

Voges, Reinhard

Weber-Schönian, Ina

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Schillmann, Claus-Jürgen

Beddig, Heiko

Volkers, Sven

Teletzki, Rolf

Wronski, Ulrike

Weber, Wolfgang

Dezernent

Amtsleiter Zentrale Dienste

Amtsleiter Bauen und
Planen

Amtsleiter Umwelt

Abteilungsleiterin Natur- und
Landschaftsschutz

Protokollführer

Als Gäste

mehrere Zuhörer

zwei Vertreter der Presse

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 15 Abs. 2 GO)
6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Klimaschutz-Teilkonzept für die eigenen Liegenschaften des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0570/2015
8. Verordnung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festsetzung des
Überschwemmungsgebietes Wabe
Vorlage: XVII-0623/2015
9. Verordnung über das Naturschutzgebiet "Reitlingstal" (Sicherung Natura 2000-Gebiet)
Vorlage: XVII-0621/2015
10. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
hier: „Wegeseitenränder“

Vorlage: XVII-0577/2015/1

11. Kooperationsvertrag mit der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Remlingen zur Durchführung des Bauleitplanverfahrens "Gewerbecampus" Remlingen
Vorlage: XVII-0628/2015
12. Gründung des "Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land - Ostfalen e.V.,
Vorlage: XVII-0629/2015
13. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
14. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Löhr eröffnet um 18.30 Uhr die 16. Sitzung des Ausschusses.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender Löhr stellt an die Ausschussmitglieder die Frage, ob Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung beantragt werden.

KAbg. Bosse stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 13, Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II, abzusetzen, da am 14.09.2015 zu diesem Thema eine Sondersitzung stattfindet.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgender

Beschluss: Der Tagesordnungspunkt 13, Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz (§§ 23, 4d GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf. Die Niederschrift der 15. Sitzung wird bei einer Stimmenthaltung einstimmig genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet die Einwohnerfragestunde. Wortmeldungen ergeben sich nicht. Die Einwohnerfragestunde wird vom Vorsitzenden Löhr geschlossen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Da keine Anfragen gestellt werden, wird der Tagesordnungspunkt vom Vorsitzenden Löhr geschlossen.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Da keine Anträge vorliegen wird der Tagesordnungspunkt vom Vorsitzenden Löhr geschlossen.

TOP 7 Klimaschutz-Teilkonzept für die eigenen Liegenschaften des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0570/2015

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet Frau Neef und Herrn Altstädter von der Firma merkWATT den Ausschussmitgliedern das Klimaschutzkonzept für die eigenen Liegenschaften des Landkreises Wolfenbüttel vorzustellen.

Frau Neef und Herr Altstädter halten den Vortrag anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Ihr Vortrag gliedert sich in fünf Punkte auf

- Konzepterstellung: Ziele und Ablauf
- Ergebnisse der Energie-, CO₂- und Kostenbilanz
- Verbesserungsmaßnahmen und deren Auswirkungen
- Empfehlungen für Energieorganisation
- Nächste Schritte

Durch die Firma merkWATT wurde eine Bestandsaufnahme der Liegenschaften vorgenommen um u.a. eine Energie- und CO₂-Bilanz zu erstellen. Es fand eine Begehung der Gebäude statt und Sanierungsoptionen wurden entwickelt. Auch ein Organisationskonzept wurde erarbeitet.

Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen wird eine große Herausforderung sein.

In den Liegenschaften werden ca. 12.000.000 kWh/a für die Heizungen und 2.000.000 kWh/a für Strom verbraucht. Die durchschnittlichen Energiekosten der letzten 4 Jahre belaufen sich auf rund 1 Millionen Euro. Bei einer jährlichen Steigerung von 5 % werden sich die Energiekosten in 15 Jahren verdoppeln.

Um zu erkennen wo ein extremer Energieverbrauch stattfindet, sollten Zähler in jedem Gebäude installiert werden. Nur dann könne man messen, wie sich der Energieverbrauch verändere. Die Ursachen des erhöhten Energieverbrauchs sollten dann näher untersucht werden.

Wenn die Gebäudeheizungen dem derzeitigen Standard entsprächen, ergäbe sich ein Einsparpotential von ca. 225.000 Euro bzw. 1.300 t/a CO₂ pro Jahr. Beim Stromverbrauch gäbe es ein Einsparpotential von jährlich 71.000 Euro bzw. 200 t/a CO₂.

Das Modernisierungsziel für die 33 Gebäude ist der Mindeststandard der EnEV 2014 für Altgebäude. Als Ergebnis wurde errechnet, dass es einer Gesamtinvestition von ca. 14,4 Mio. Euro hierfür bedarf. Davon sind 9,8 Mio. Euro reine Ersatzkosten und 4,7 Mio. Euro Ausgaben für energetische Verbesserungen.

Die Firma merkWatt hat für die Landkreisgebäude Kriterien für einen „Sanierungsfahrplan“ aufgestellt. Danach belaufen sich die Investitionen für die nächsten 15 Jahre auf ca. 1.040.000 Euro jährlich. Bis zum Jahr 2030 wären die Gebäude der Kategorien A + B energetisch saniert. In welcher Reihenfolge die Liegenschaften saniert werden sollten, ergibt sich aus dem „Sanierungsfahrplan“. Auch wurden Empfehlungen für die Energieorganisation und für die nächsten Schritte gegeben.

Es wurde vorgeschlagen, hocheffiziente Heizungen und moderne Pumpen einzubauen, Fenster und Oberlichter besser abzudichten sowie Heizungsventile zu erneuern. Wichtig sei es auch, die Nutzer besser über Energieeinsparmöglichkeiten zu informieren.

Hinweis der Verwaltung: Die PowerPoint-Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Kenntnisnahme: Das der Vorlage-Nr. XVII- 0570/2015 beigefügte Klimaschutz-Teilkonzept für die eigenen Liegenschaften des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen.

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

1. Die Maßnahmen des Klimaschutz- Teilkonzeptes werden – insoweit technisch umsetzbar – unter Berücksichtigung der Haushaltssituation des Landkreises Wolfenbüttel umgesetzt.
2. Die dafür notwendige zusätzliche personelle Ausstattung (Bauausführung, Energie-controlling) wird dem Kreistag im Rahmen des Stellenplanes vorgeschlagen.
3. Der Landkreis Wolfenbüttel berichtet im Rahmen eines aufzubauenden Energie-controllings über die Umsetzung und Wirkung.

**TOP 8 Verordnung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festsetzung des
Überschwemmungsgebietes Wabe
Vorlage: XVII-0623/2015**

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann stellt die Drucksache kurz vor. Er weist darauf hin, dass aufgrund von Einwendungen im Festsetzungsverfahren 2013 und der Erfahrungen aus dem Hochwasser im Mai 2013, weitere Vermessungen in der Ortslage Sickte durchgeführt wurden, auf deren Grundlage eine neue Berechnung des Überschwemmungsgebietes vorgenommen wurde.

Die Grenzen der als Überschwemmungsgebiet festzusetzenden Fläche haben sich durch die Neuberechnung so verändert, dass ein neues Beteiligungsverfahren durchgeführt wurde.

Der Erörterungstermin für das zweite Festsetzungsverfahren fand am 21.07.2015 statt.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten, die als Anlage 3 beigefügte Verordnung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Wabe auf den Gebieten der Samtgemeinde Sickte, der Stadt Wolfenbüttel und der Gemeinde Cremlingen zu beschließen.

**TOP 9 Verordnung über das Naturschutzgebiet "Reitlingstal" (Sicherung
Natura 2000-Gebiet)
Vorlage: XVII-0621/2015**

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann stellt die Drucksache kurz vor. Er weist darauf hin, dass von diesem Schutzgebiet nur ein Eigentümer maßgeblich örtlich betroffen ist. Aus diesem Grund wurde keine Informationsveranstaltung durchgeführt.

KAbg. Wagner fragt nach, wieso in § 3 Abs. 3 der Verordnung Teile der Arten wie Spechte und Käfer nicht mehr auftauchen. Die Frage wird von der Leiterin der Unteren Naturschutzbehörde, Frau Wronski dahingehend beantwortet, dass diese Arten in diesem Gebiet keine besondere Rolle spielen.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen: Die bestehende

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Reitlingstal“ vom 09.11.1989
wird durch die als Anlage 4 beigefügte Verordnung geändert.

TOP 10 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
hier: „Wegeseitenränder“
Vorlage: XVII-0577/2015/1

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

KAbg. Dette stellt die Drucksache vor. Es ist aufgefallen, dass der genaue Grenzverlauf der Straßen und Wege für die Anlieger oft nur schwer festzustellen ist. Aus diesem Grund sollte einmal geprüft werden, ob die Anlieger über die eigenen Grundstücksgrenzen hinaus öffentliche Flächen bewirtschaften.

KAbg. Bosse hält den Antrag für einen guten Ansatz. Die Überprüfung der Grenzen könnte seiner Auffassung nach durch den Landschaftspflegeverband vorgenommen werden.

Kreislandwirt Schwetje berichtet, dass ab dem 01. Januar 2015 die Bedingungen des Greenings verpflichtend erfüllt werden müssen. Das Greening setzt sich dabei aus den drei Komponenten Dauergrünlanderhaltung, Anbaudiversifizierung und dem Vorhalten von ökologischen Vorrangflächen zusammen. Nun gilt es den politischen Bestimmungen durch die Anbauplanung 2015 gerecht zu werden. Dadurch wird mehr Fläche für die Natur zur Verfügung gestellt. Im übrigen unterstützt er den Vorschlag, dass der Landschaftspflegeverband hier Aufgaben wahrnimmt.

KAbg. v. Veltheim weist darauf hin, dass jeder Landwirt zur Zeit 5 % seiner Nutzfläche still gelegt hat. Der Landschaftspflegeverband kann den Aufwand der Überprüfung gar nicht leisten. Im übrigen werden die Flächen der Landwirte durch die EU durch Satellitenfotos überprüft.

Dezernent Schillmann weist darauf hin, dass man den Antrag nur begrüßen kann. Er passt auch in die Naturschutzstrategie des Landkreises Wolfenbüttel. Es sollte versucht werden gemeinsam mit der Landwirtschaft eine Lösung zu finden. Ferner weist er darauf hin, dass der Landschaftspflegeverband unterstützend wirken kann. Eine Vermessung sämtlicher Flächen ist sehr aufwändig und derzeit nicht leistbar.

Landrätin Steinbrügge ist der Meinung, dass man nach einer pragmatischen Lösung suchen sollte.

Dezernent Schillmann macht den Vorschlag, dass heute über die Drucksache nicht entschieden wird. Es wird eine Beschlussfassung erarbeitet, die anschließend dem Kreisausschuss zur Vorberatung und dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt wird.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgender

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, eine geänderte Beschlussfassung zu erarbeiten, die anschließend dem Kreisausschuss zur Vorberatung und dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt wird.

**TOP 11 Kooperationsvertrag mit der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Remlingen zur Durchführung des Bauleitplanverfahrens "Gewerbecampus" Remlingen
Vorlage: XVII-0628/2015**

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann stellt die Drucksache kurz vor. Er weist darauf hin, dass aufgrund der regionalen Bedeutung dieses Gewerbegebietes – unter anderem auch im Hinblick auf die Unterstützung der Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II - der Landkreis Wolfenbüttel, die Samtgemeinde Elm-Asse und die Gemeinde Remlingen die Entwicklung dieses Gebietes gemeinsam voranbringen wollen.

Vorgesehen ist eine Kostenbeteiligung des Landkreises Wolfenbüttel in Höhe von bis zu 50 % sowie die Bereitstellung von Fachpersonal aus dem Amt Bauen und Planen sowie dem Umweltamt für die fachliche Begleitung dieses Verfahrens.

KAbg. Wiegel spricht sich generell für den Kooperationsvertrag mit der Samtgemeinde Elm-Asse und der Gemeinde Remlingen aus. Sie möchte jedoch, dass das Wort „**Forschung**“ nicht allein in der Begründung steht. Sie möchte, dass genauer festgelegt wird, um was für eine Forschung es sich auf dem Campus für die Rückholung des Atommülls handelt.

KAbg. Försterling begrüßt die Idee des Gewerbeparks - ist allerdings gegen einen Kooperationsvertrag. Es sollte vielmehr geprüft werden, ob man durch die Gewährung eines Zuschusses nicht auch zum gleichen Ziel kommen kann. Bei einem Kooperationsvertrag könnten bei anderen Gemeinden auch Begehrlichkeiten geweckt werden.

Dezernent Schillmann berichtet, dass die Asse GmbH mittelfristig einen neuen Standort sucht. Sie habe bereits Interesse gezeigt, sich auf dem Campus anzusiedeln. Auf Bundesebene wird überlegt, Behörden und Unternehmen, die sich mit der Endlagersuche befassen, in einer Gesellschaft zusammenzufassen. Die Entscheidung hierüber könnte schnell fallen und dann werde die neue Gesellschaft auch zügig überlegen, wo sie sich ansiedele. Es sollte bis zum Ende des Jahres ein Konzept geben, dass auch für hochwertige Arbeitsplätze geeignet ist.

Landrätin Steinbrügge weist darauf hin, dass es in der Begründung der Drucksache heißt „...**für Forschung und Entwicklung von Methoden und Verfahren zur Rückholung etablieren**“. Es steht auch fest, dass es hier einen Entwicklungsbedarf gibt, um das Gewerbegebiet zeitnah voranzubringen.

Herr Dettmann berichtet, dass es ein Ziel ist, eine Bundesoberbehörde hier anzusiedeln. Dafür ist die Zusammenarbeit der drei Kommunen ein wichtiges Signal.

Landrätin Steinbrügge stellt fest, dass man sich in der Sache grundsätzlich einig sei, jedoch der Weg noch nicht klar ist. Sie schlägt daher vor, über die Drucksache nicht zu entscheiden, sondern sie zur Vorberatung in den Kreisausschuss und zur Entscheidung in den Kreistag zu verweisen.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgender

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, eine geänderte Beschlussfassung zu erarbeiten, die anschließend dem Kreisausschuss zur Vorberatung und dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt wird.

**TOP 12 Gründung des "Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land - Ostfalen e.V.,
Vorlage: XVII-0629/2015**

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Die Drucksache wird kurz vom Dezernenten Schillmann vorgestellt. Zur dauerhaften Sicherung und nachhaltigen Entwicklung soll die Trägerschaft des Geoparkes für den Teilbereich Braunschweiger Land – Ostfalen entsprechend der Trägerschaft im Teilbereich Harz umgestaltet werden.

Dazu wurde ein Satzungsentwurf für den neu zu gründenden „Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land – Ostfalen e.V.“ erarbeitet. Dieser soll dann an Stelle von FEMO die Trägerschaft für den Teilbereich Braunschweiger Land – Ostfalen des GeoParks übernehmen.

Die Umgestaltung der Trägerschaft bedingt für die bisherigen Vereinbarungspartner keine finanziellen Auswirkungen.

Als Vertreterin des Landkreises Wolfenbüttel in der Mitgliederversammlung wird Herr Deitmar benannt. Der/Die Stellvertreter/in wird nachgereicht.

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel wird Gründungsmitglied des „Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land – Ostfalen e.V.“
2. Nach Gründung des Vereins wird der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Unterstützung des GeoParks im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben.
3. Als Vertreter/in des Landkreises Wolfenbüttel in der Mitgliederversammlung wird
Herr Deitmar benannt.
Als Stellvertreter/in
Herr/Frau _____ benannt.
4. Für die Wahl des Vorstandes wird von Seiten des Landkreises Wolfenbüttel Herr LBD Schillmann benannt.

TOP 13 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann berichtet, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie den Landkreis Wolfenbüttel aufgefordert hat, zu dem Erlaubnis Antrag der Kimmeridge GmbH, USA, zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen im Erlaubnisfeld Borsum Stellung zu nehmen. Betroffen sind die Gemeinden Burgdorf, Nordassel und Berel.

Die Stellungnahme hat der Landkreis Wolfenbüttel mit Schreiben vom 18.08.2015 abgegeben. Es wurde auf die einstimmig vom Kreistag verabschiedete Resolution hingewiesen, die den Einsatz von Fracking zur Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten ablehnt.

Kenntnisnahme: Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 14 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Anfragen werden nicht gestellt.

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt Vorsitzender Löhr um 20.40 Uhr die 16. Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführer/in